

Pressemitteilung



Barth, 14.04.2023

Fraktion BVR/FW spricht sich gegen Atomausstieg aus.

Wie der Fraktionsvorsitzende Mathias Löttge am heutigen Tag mitteilte, sprechen sich die Mitglieder der Fraktion BVR/FW im Kreistag Vorpommern-Rügen nachdrücklich gegen den von der Bundesregierung geplanten Atomausstieg aus.

Insbesondere würde durch den Atomausstieg die Versorgungssicherheit mit Energie in ganz Deutschland und so auch im Landkreis Vorpommern-Rügen in Frage gestellt. Darüber hinaus sind für die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen erhebliche Mehrbelastungen zu erwarten, die so keinesfalls hingenommen werden können.

Für die Mitglieder der Fraktion BVR/FW ist es vollkommen unverständlich, dass man in Deutschland auf eine CO₂ reduzierende umweltfreundliche Technologie verzichten will ohne über die entsprechenden Alternativen zu verfügen.

Dr. Frank Ziller, Mitglied im Ausschuss für Umweltschutz, Landwirtschaft, Forst und Fischerei im Landkreis Vorpommern-Rügen erklärt dazu: „Ein Ausstieg aus der Atomenergie im Interesse einer erhöhten Sicherheit ist nicht sinnvoll, wenn Nachbarländer, wie Polen, Niederlande oder Frankreich neue Atomkraftwerke errichten.“ Es ist auch umweltschutztechnisch nicht vernünftig Atomkraftwerke abzuschalten und stattdessen Kohlekraftwerke weiter zu betreiben. „Die CO₂-Emmission der Atomenergie ist mit 12 gr./KWh die geringste im Vergleich zur Kohleenergie 1150 gr./KWh und Windenergie 88 gr./KWh.“ so Dr. Frank Ziller weiter.

BÜRGER FÜR VORPOMMERN-RÜGEN und FREIE WÄHLER

Fraktion im Kreistag des Landkreises Vorpommern-Rügen

Eine 100%ige Versorgung mit alternativer Energie wird erst mittel- oder langfristig möglich sein. Dies schätzen andere europäische Länder und auch die EU im Interesse einer dauerhaften Versorgungssicherheit mit Energie wesentlich realistischer ein und entscheiden sich deswegen auch für Atomenergie.

Laut aktuellen Rundfragen sind ca. 60 % der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger gegen einen Atomausstieg. „Einmal mehr zeigt die Bundesregierung, dass sie jeglichen Realitätssinn, sowohl im Politikfeld Energie als auch in anderen Politikfeldern, verloren hat und sich immer weiter vom Willen der Bevölkerung entfernt“, so der Fraktionsvorsitzende Mathias Löttge abschließend.